

# Die Debatte über die auswärtige Politik.

125. Sitzung, Mittwoch, den 10. Oktober 1917.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Helfferich, Dr. Solf.

Die Beratung über die Auswärtige Politik wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Strefemann (nlib.) fortfahrend: Man hat gehofft, durch die Friedensentscheidung des Reichstags die Atmosphäre des Friedens zu schaffen. Die Sozialdemokraten erwarteten eine besondere Einwirkung auf Rußland. Der Erfolg ist ausgeblieben, ebenso bei den anderen Mächten. Die englischen Staatsmänner versuchen mit ihren Reden, die bei uns im Wortlaut veröffentlicht werden, die Stimmung in Deutschland zu beeinflussen. Wir verlangen, daß unsere Staatsmänner sofort darauf antworten, Zug um Zug. Wir müssen die öffentliche Meinung als einen Machtfaktor für die Politik einstellen. Die ausgestrahlte deutsche Friedenshand hat abermals ins Leere gegriffen. Ich freue mich, daß Abg. Fehrenbach gesagt hat, ein neues Friedensangebot gibt es nicht. Die Resolution der Mehrheit hat im Ausland zunächst als Zeichen der Schwäche gewirkt. Daß dieser Eindruck durch unsere Erfolge von Tarnopol und Riga verwischt wurde, ist nicht das Verdienst der Mehrheit, sondern Hindenburgs. (Sehr richtig! rechts.) Jetzt ist durch die Note des Papstes eine neue Lage geschaffen. Dem Grundgedanken dieser Note haben wir zugestimmt, auch bezüglich der Abrüstung und der Schiedsgerichte. Es ist falsch, daß Deutschland in Friedenszeiten jeden Gedanken einer friedlichen Schlichtung von Streitigkeiten abgelehnt hätte. Der deutsche Standpunkt wurde auf der Haager Konferenz vollkommen von der Schweiz und Belgien geteilt. Und zu der Frage der Schiedsgerichte wurde im amerikanischen Senat ausdrücklich erklärt, daß das amerikanische Volk sich in Fragen der Monroedoktrin niemals ein Schiedsgericht gefallen lassen würde. Eine höhnlichere Ablehnung des Schiedsgerichtsgedankens ist gar nicht denkbar. Wir werden selbstverständlich bestrebt sein, unsere Rüstungen nicht größer werden zu lassen. Schon der Menschenmangel wird zu einer Verringerung führen müssen. Aber eine Abrüstung bis zu dem Grade, wo nur die innere Sicherheit des Landes geschützt wird, scheint mir bisher nur ein frommer Wunsch zu sein. Ein Desinteressement für Belgien amisch zu erklären, würde ich selbst dann für falsch halten, wenn ich auf Scheidemanns Standpunkt stünde. Wir würden durch das Desinteressement alle unsere Ansprüche von vornherein aufgeben. Die der Gegner würden aber bestehen bleiben. Deshalb begrüßen wir es, daß die Papstnote für Belgien kein Desinteressement erklärt.

Die Friedensaktion des Papstes hätte nicht eingeseht, wenn man sich nicht vorher überzeugt hätte, daß England ihr sympathisch gegenüber steht. Heute gilt es für uns, wie hat es für England ausgesprochen hat, die Nerven müssen hinter unserer Remee stehen. Arbeiten wir zusammen in der letzten Phase des Krieges! Wir verwerfen aus allenentzweidienste alle Bestrebungen, die dahin gehen, unser Vaterland in zwei Teile zu teilen: vaterländisch auf der einen und nicht-vaterländisch auf der andern Seite (Sehr. Beifall links.) Das deutsche Volk bekundet seine Vaterlandsliebe heute dadurch, daß viele Millionen seiner Söhne draußen bluten und sterben für die Sicherheit des Vaterlandes. Solange draußen nicht Parteilagen eintreten, darf man die Vaterlandsliebe dem Einzelnen nicht absprechen. Mögen die Wege, auf denen wir den Frieden erstreben, uns zunächst auseinanderführen, wir wollen aber nach der Einigkeit im Innern streben. Dann wird das deutsche Volk unüberwindlich sein. (Lebhafter Beifall.)

## Rühlmann und Czernin.

Abg. Graf Westarp (cons.): Auch wir haben ein offenes Ohr für die Worte des Reichskanzlers, daß Volk und Parteien zusammenwirken müssen. Wenn manchmal auch die Gegensätze aufeinandergeprallt sind, so war doch das deutsche Volk einzig in der scharfen Zurückweisung des Präsidenten Wilson, der um des Geschickes willen den Krieg um Jahre verlängert hat mit der hochheiligen Waise eines Predigers für Recht und Gerechtigkeit. In schmöder Weise hat er unsern Kaiser beleidigt. Seine Absicht ist durchsichtig, niederträchtig und dümm. Er kennt die deutsche Treue nicht. (Sehr richtig! rechts.) Er heißt auf Granit, wenn er das deutsche Volk von seinem Hohenzollern-Kaiser trennen will. Für die Friedensundgebung des Papstes haben wir die Anerkennung und Achtung, die dem Oberhaupt der katholischen Kirche gebührt. Aber objektiv genommen entsprechen diese Vorschläge nicht den Lebensinteressen Deutschlands. (Sehr richtig! rechts.) Das gleiche gilt für einen großen Teil der Ausführungen des Grafen Czernin. (Sehr richtig! rechts. — Widerspruch.) Die Interessen Deutschlands und seiner Bundesgenossen sind nicht in allen Punkten identisch. (Sehr richtig! rechts. — Beifall links.)

Oesterreich-Ungarn wird seine Weltstellung nicht wahren können, wenn ihm ein Deutschland zur Seite steht, dem das Rückgrat gebrochen ist. (Sehr richtig! rechts.) Neben diesem mittelbaren Interesse hat Oesterreich-Ungarn aber auch ein unmittelbares Interesse daran, daß die englische Seeherrschaft im östlichen Teile des Mittelmeeres gebrochen wird. (Zustimmung rechts.) Diese Interessengemeinschaft der Mittelmächte gestattet Meinungsverschiedenheiten offen auszusprechen. Wir befürchten nicht, daß der durch dreijährige Waffenruhe geschaffene und durch die Gemeinlichkeit der Interessen festgeschriebene Bund der Mittelmächte etwa gelockert werden könnte. Die Nibelungentreue hat nicht nur in unserer Seele, sondern bei der vornehmen Geminnung aller unserer Bundesgenossen auch dort so fest Wurzel geschlagen, daß er durch irgendwelche Auseinandersetzungen auch in wichtigen Fragen nicht aufgelöst werden kann. (Sehr richtig! rechts.)

In der Papstnote heißt es, daß an die Stelle der materiellen Kraft der Waffen die moralische Kraft des Rechts treten müsse, und Graf Czernin hofft auf eine neue Weltordnung. Der Gedanke der allgemeinen Abrüstung und der internationalen Schiedsgerichte ist gewiß beruhigend. Der Traum vom ewigen Frieden hat die Menschen stets bewegt, und die größten Geister haben daran gearbeitet. Es ist daher undankbar, sachtlich gegen diesen Gedanken Stellung zu nehmen. Wir müssen aber gerade jetzt nüchtern und klar dieses Problem ins Auge fassen, damit nicht Hoffnungen erweckt werden, die schließlich zu schlimmen Enttäuschungen führen müssen. Es besteht die Gefahr, daß durch eine fortgesetzte Hervorhebung dieser Gedanken die Nerven erschöpfen und die Kraft erschwächt. Wir verneinen die Frage, ob eine internationale Abrüstung möglich ist, und fügen uns dabei auf eine jahrhundertelange Erfahrung. Man hat noch keinen Maßstab dafür gefunden, das Maß der Rüstungen in den einzelnen Ländern zu bestimmen. (Sehr richtig! rechts.) Ein Weltfriedensbund ist unausführbar. Internationale Schiedsgerichte können das Mittelmittel nicht sein, denn es fehlt die Möglichkeit, diese Schiedsgerichte international zu vollstrecken. (Sehr richtig! rechts.) Und schließlich: wer garantiert uns denn dafür, daß nun plötzlich bei allen unseren Feinden der Vernichtungswille sein Ende gefunden hat? Gerade der Abg. Hausmann hat doch nachgewiesen, daß unsere Feinde seit Jahrzehnten unsere Vernichtung planen. Hört das plötzlich auf, sobald wir uns an den Verhandlungstisch setzen?

Ein internationaler Friedensbund wäre nichts anderes als ein angelsächsig-amerikanischer Bund zur Niederhaltung Deutschlands. (Zustimmung rechts.) Für Deutschland sind diese Gedanken besonders gefährlich, weil es mitten im Herzen Europas liegt. Deutschland muß sich nach wie vor auf seine eigene Kraft verlassen. (Sehr wahr! rechts.) Deutschland darf und kann sich unter keinen Umständen darauf einlassen, um irgendwelcher zeitlich ja doch nur begrenzter Vorteile willen sich in seinen Rüstungen irgendeine Schwäche auferlegen zu lassen. (Sehr wahr! rechts.) Deshalb wünschen wir, daß der Abrüstungsgedanke auf der bevorstehenden Konferenz zum Abschluß eines Friedens nicht zur Erörterung gestellt werden möge. (Sehr richtig! rechts.)

Die Stellung Deutschlands auf dem Friedenslangenzug würde dadurch wesentlich verschlechtert werden. Deutschland wird immer sein Recht auf Weisheit und Entwicklung nur so weit durchsetzen können, als es die Macht hat, dieses Recht zu erzwingen. (Sehr richtig! rechts.) Was Staatssekretär v. Rühlmann gestern über Elsaß-Lothringen gesagt hat, war ganz ausgezeichnet. Aber es ist

# Unser ganze Zukunft

wird in dieser Gegenwart erobert. Um Großes geht's, um alles! Und wenn Du den letzten Groschen dem Vaterlande leihst, armfelig und klein bleibt's immer noch gegenüber dem, was draußen im Feld jeder einzelne leistet.

Also

fort mit törichter Mengflichkeit, fort mit „Wenn“ und „Aber“, fort mit Klagen und Zaudern!

Rede nicht! Frage nicht!

Zeichne!

eine Verschiebung des wahren Sachverhaltes, wenn er behauptete, daß nur noch Elsaß-Lothringens wegen gekämpft würde. Großadmiral v. Tirpitz hat in klassischer Weise bei der Begründung der Vaterlandspartei gesagt, der Wesensgrund dieses Weltkrieges sei noch immer die unüberbrückbare Kluft zwischen dem europäischen Festland und der Weltauffassung Englands. (Sehr gut! rechts.) Ein unabhängiges Belgien halten wir für eine Utopie. England behauptet bewußt unwahr, daß es für die Unabhängigkeit Belgiens kämpfe. England will vielmehr — und kämpft auch aus diesem Grunde weiter — Belgien als Brückenkopf für das Festland, als Sturmböck gegen Deutschland haben. (Sehr richtig! rechts.) Es gibt nach diesem Kriege nur zwei Möglichkeiten: entweder ein englisches Belgien oder ein Belgien unter deutschem Einfluß. (Sehr richtig! rechts.) Ein Belgien unter französisch-englischer Oberherrschaft aber wäre eine fortgesetzte Bedrohung Deutschlands. In diesen Tagen tobt die zehnte Flandernschlacht. Mit einem Einsatz an Material und Menschen, wie er selbst in der Geschichte dieses Krieges noch nicht da war, versucht England immer wieder, uns die flandrische Küste zu entreißen. England weiß, daß es die flandrische Küste zu seiner Verteidigung braucht. Sie ist ein Hauptstützpunkt unserer U-Boote. Wer aus der Geschichte dieses Krieges lernen will, muß aus den Ereignissen den letzten Wochen entnommen haben, welche entscheidende Bedeutung der flandrischen Küste zukommt. Es ist daher nicht richtig, daß nur noch Elsaß-Lothringens wegen gekämpft wird. Der Kampf geht auch um Belgien. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben die Pflicht, keine Bedrohung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes zuzulassen. Wir hoffen, daß die Feder nicht verderben wird, was das Schwert geschaffen hat.

Vor einigen Tagen hat der Abg. Landsberg gesagt, das Schwert dürfe nicht verderben, was die Feder geschaffen hat. (Lachen rechts.) Eine so ungeheuerliche Behauptung haben wir seit langem hier im Reichstage nicht gehört. Wir wehren uns gegen jede Festlegung unserer Friedensunterhändler. Dem letzten Teil der Rede des Grafen Czernin stimmen wir ebenso freudig zu, wie den Ausführungen des Abg. Fehrenbach, daß die Friedensentscheidung des Reichstages keine ewige Geltung habe. Damit nähert man sich unserem Standpunkt. (Sehr richtig! rechts.) Der Reichskanzler hat gestern die Reichstagsentscheidung nach ihrer positiven Seite erläutert und dargelegt, daß man in dem von ihr gezogenen Rahmen Deutschlands Zukunft sich stellen könne. Wir sind anderer Meinung. Wir haben auch Bedenken gegen die Behauptung des Staatssekretärs v. Rühlmann, unsere Kriegsziele würden in keiner Weise durch militärische Ereignisse geändert. Wir lehnen die Verantwortung für die Mehrheitsbeschlüsse des Reichstages ab. Sie können uns dem Frieden nicht näher bringen. Bindend für unsere Unterhändler sind diese Beschlüsse nicht, denn der Friedensschluß ist Sache des Kaisers und darf nicht von Mehrheitsbeschlüssen abhängig gemacht werden. (Sehr richtig! rechts.) Ich glaube auch, daß

niemand im Reichstage etwas dagegen haben wird, wenn es einem Staatsmann gelingt, beim Friedensschluß Entschädigungen und Sicherheiten für uns herauszuholen. (Sehr richtig!) Der Name dieses Staatsmannes wird an erster Stelle in die Tafel der Geschichte eingegraben werden. Unsere militärische Lage ist so günstig wie nie zuvor, der Sieg wird uns zufließen. Wirtschaftlich können wir solange warten, bis dieser militärische Sieg errungen ist. So wie wir, freuen die weitesten Kreise des Volkes, nicht nur die Anhänger der konfessionellen Partei. Was die neue Kriegsarleihe ist eine Schlacht, die gewonnen werden muß. Jeder Deutsche muß alles, was er flüssig hat, zeichnen, damit die Anleihe nicht nur ein Sieg an Milliarden, sondern auch an Millionen von Zeichnern wird. (Beifall rechts.)

Abg. Baranetz (D. F.): Wilsons Note ist ein böses Gemisch von Lügenhaften Verdrehungen. Was weiß Wilson von deutscher Treue, von deutschen Pflichtbewußtsein unserer Fürsten? Wir können uns unser Haus selbst ausbauen, dazu brauchen wir keine fremde Hilfe. Jeder Frieden ist ein „Verständigungsfriede“. Wenn aber die Mehrheitsresolution keine erzwungenen Gebietsabtretungen wollte, so lehnt man doch jede Gebietsabtretung ab, denn freiwillig gibt niemand Gebiet auf. Lord Rithener hat einmal die Maas als Englands Grenze bezeichnet. Ein Belgien, das Aufmarschgebiet unserer Feinde ist, würde eine Basis für verheerende Fliegerangriffe auf unser rheinisches Industriegebiet sein. Es gibt auch ein moralisches Recht auf Eroberungen und Entschädigungen. Der Angreifer hat dieses Recht nicht, wohl aber der Verteidiger für seine Opfer, die er hat bringen müssen. Denjenigen, die von einer Herrschaft des Rechtes alles Gute von der Zukunft sich versprechen, sei das Wort Wilsons in die Erinnerung gerufen: Wenn es nach dem Rechte ginge, wären Preußen und Deutschland nicht ihren Lebensweg gegangen. Nur die Macht kann uns schützen.

Abg. Ledebour (U. Soz.): Der Reichskanzler hat gestern zum vierten Male seine Stellung zur Mehrheitsentscheidung erklärt, aber auch jetzt ist mir seine Haltung noch nicht klar geworden. Die Mehrheit wollte den Reichskanzler festhalten. Er hat sich aber losgerissen, wenn auch ein Teil des Hofenbodens hängen geblieben ist. Jetzt sind die Herren von der Mehrheit die Gelächter.

Wir müssen los von der Züchtungs- und Bergewaltigungs-Diplomatie. (Ordnungsruf.) Man hat jetzt in Riga den Deutschen zur Macht in der Stadtverwaltung verhalten. Wenn Riga einmal wieder geräumt werden muß, sieht sich diese deutsche Winderheit wieder einer feindseligen Bevölkerung gegenüber. Die Diplomaten haben verlagert. Jetzt müssen die Proletarier ihre Macht gebrauchen. Wenn in allernächster Zeit die Regierungen nicht zu einem Frieden kommen, dann wird in allen Ländern ein allgemeiner internationaler Massenstreik mit elementarer Gewalt losbrechen, um den Frieden herbeizuführen. (Beifall der U. Soz.)

Abg. Mumm (D. F.): Die Angriffe Ledebours gegen die deutsche Bevölkerung der baltischen Provinzen sind unerträglich und unerschützt. Die 200 000 Deutschen dort darf man nicht mit einer Handbewegung zumüßweifen. Auch die Letten wollen den Anschluß an Deutschland.

Abg. Dr. Heckscher (Bpt.): Mein Freund Hausmann hat in seinen heutigen Darlegungen vor allem durch die Art seiner Gruppierung wertvolles Material beigebracht, um die Schuld Englands an dem Ausbruch des Weltkrieges zu erhärten. Nur an einer Stelle hat er aus fälschlicher Gegnerschaft gegen den Fürsten Bismarck ungewollt einen leichten Schatten des Verduldens auch auf das deutsche Volk geworfen. Würde es sich um persönliche Angriffe auf den Fürsten Bismarck handeln, so hätte ich geschwiegen, die Art aber, in der mein Freund Hausmann gesprochen hat, wird der struppellose Contenté-Politik leicht eine Handhabe bieten, neue, und wie ich gleich hinzusetzen will, unbegründete Anklagen gegen die deutsche Politik vor Ausbruch des Weltkrieges zu erheben, und dagegen will ich protestieren. Der Herr Abg. Hausmann überieht bei der retrospektiven Kritik der Bismarckschen Staatskunst, daß jede Politik, die dem neuen Deutschland auf dem Gebiete der Kolonialwirtschaft, des Welt Handels und der Weltseefahrt Geltung zu verschaffen suchte, mit den Zielen der englischen Weltwirtschaft, Weltpolitik und der englischen Seeherrschaft schließlich in Konflikt kommen mußte. (Sehr richtig! rechts.) Ich glaube meinen Freund Hausmann gut genug zu kennen, um zu wissen, daß auch er sich sein Land in friedlichem Wettbewerb einen Platz in den Welt und an der Sonne erwünschte. Der Staatsmann Bismarck hat es — das wird auch der leidenschaftlichste Gegner nicht bestreiten können — an entscheidendster Stelle verstanden, Deutschlands unergleichlichen wirtschaftlichen Aufstieg zu fördern, und ihm damit Deutschland und die Welt es nicht an letzter Stelle, daß dieser Aufstieg sich vollzog, ohne daß über den deutsch-deutschen Antagonismus die Welt in Brand geraten ist. Alle diejenigen, die an die Staatskunst des Herrn von Bethmann glauben, meinen es würdevollerweise ihm schuldig zu sein, die Politik des Fürsten Bismarck anzuerkennen. (Zuruf.) Unter diesen Angreifern — ich spreche jetzt nicht von meinem Freund Hausmann — befinden sich auch solche, die einst die leibhaftigen Förderer der Bismarckschen Politik gewesen sind. (Wort! hört! bei den Unabh. Soz. — Sehr richtig!) Ich frage, weshalb haben die modernen Männer damals geschwiegen? Um aber zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Hausmann zurückzukehren, so hat er selbst keinen Angriff gegen Bismarck in der sündigen Form im Verlauf seiner Ausführungen widerlegt. Denn was ist das schließliche Ergebnis der Hausmannschen Beweisführung? Doch kein anderes, als daß England zum Teil bewußt, zum Teil, wie Herr Kollege Hausmann allerdings trüg annimmt, ungewollt in Petersburg und Paris die Atmosphäre geschaffen hat, die zu den Ereignissen der Augusttage von 1914 geführt hat. Es liegt nicht in meiner Absicht, mich heute mit Einzelheiten rückwärtsender politischer Betrachtungen zu befassen. Ich glaube es vielmehr meinem verehrten Freunde Hausmann, den Bethmann bewundernden, Bismarck verneinenden Hausmann schuldig zu sein, auszusprechen und festzustellen, daß es der Bethmannschen Staatskunst nicht gelungen ist, den Ausbruch des Weltkrieges zu verhindern, daß es aber das Welt-Bismarcksche Staatskunst gewesen ist, Deutschlands Geschichte in der glanzvollen Zeit seiner wirtschaftlichen Entwicklung gestaltend zu führen und durch diplomatisches Geschick und Staatsmännisches Können unserem Lande über die schwersten Gefahren und Krisen hinweg einen ehrenvollen Frieden zu erhalten. (Beifall. — Zurufe links.)

Damit schließt die Aussprache über die auswärtige Politik.

## Das Vereins- und Versammlungsrecht.

Auf der Tagesordnung steht dann die sozialdemokratische Interpellation über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts. Sie lautet:

„Ist dem Reichskanzler bekannt, daß von Stellvertreternden Generalkommandos Verordnungen erlassen worden sind, durch die die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts vollständig unterbunden und die Besprechung von Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie die Erörterung von Fragen des tarifmäßigen Arbeitens unter Androhung von Gehaltsprozessen verboten worden ist?“